

Schule und Hochschule ohne Militär



München

Veranstaltung am 23.11.2011

um 18.00 Uhr

im DGB-Haus München

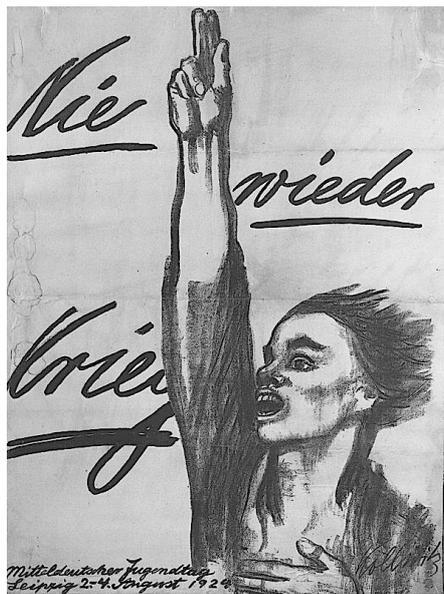
Schwanthalerstr. 64 (Großer Saal)



München

Aktivitäten für eine friedliche Schule und Hochschule sowie Diskussion über die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“. Es sprechen:

- Eberhard Enß, GEW-Vertrauensmann der Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach
- Christoph Wiesner, Mitinitiator des Kongresses „Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel“ in Braunschweig
- ein Vertreter des Bayerischen Elternverbands (BEV)
- ein Vertreter der Organisatoren des Bildungsstreiks
- Moderation: Rolf Staudt



Gegen Bundeswehr an den Schulen und gegen die Militarisierung der Gesellschaft!

„Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der „Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege“ und vielem mehr – so als offizielle Regierungspolitik festgeschrieben im Weißbuch der Bundesregierung im Jahre 2006. Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann.“

Schulkonferenz der Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach, 24.03.2011

Hochschulen für den Frieden! - Nein zur Kriegsforschung! - Ja zur Zivilklausel!

„Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht beliebig. Diese Freiheit geht vom umfassenden Friedensauftrag des Grundgesetzes aus und setzt der militärischen Forschung an zivilen Hochschulen Schranken [...] Keine Erfindung zum Wohle der Menschen erfordert Militärforschung.“

Erklärung der Initiative
Hochschule für den Frieden –
Ja zur Zivilklausel,
Braunschweig/Berlin, 04.06.2011

asta
TU Braunschweig



E.I.F.



fzs



GEW



In Bayern beschlossen Bundeswehr und Kultusministerium 2010 eine Kooperationsvereinbarung...

Die militär-zivile Zusammenarbeit schreitet auch in den Schulen voran. Die Jugendoffiziere sind freundlich und sehr bestimmt,



Der Bayerische Elternverband (BEV)

reagierte 2011 mit einer **Petition** an den Bayerischen Landtag über die Einladung von Vertretern der Bundeswehr an Schulen.

Aus der Begründung:

„Der Wandel der Bundeswehr von einer reinen Verteidigungstruppe zu einer Interventionsarmee ist politisch gewollt und vollzogen. Deswegen wiegt eine ablehnende Haltung ihr gegenüber schwerer als zuvor. Schüler und Eltern müssen als Betroffene umso mehr selbst nach ihrem Gewissen über eine Einladung an ihre Schule entscheiden können.“

Ihr Lehrer,

die Ihr den Kindern das Zusammenleben in einer friedlichen Welt zeigen sollt,

Ihr Eltern,

die Ihr Euren Kindern eine friedliche Welt wünscht,

Ihr Kinder,

die Ihr den Erwachsenen vertraut, dass sie für Euch den Frieden wollen,

Ihr Lernenden an den Hochschulen,

die Ihr die Zukunft unseres Landes mitbestimmen werdet,

wollt Ihr durch diese Schule gehen?

Nicht mehr wir Eltern, Lehrerinnen und Lehrer werden die Welt erklären, sondern die „Experten“ der Armee. Diese sollen zukünftig bestimmen, welchen Vorbildern die Jugend folgt.



Bilder von unserer Aktion vom 28. Januar 2011
"Wer will unter die Soldaten?"



„Wir wollen in einer friedlichen Welt leben. Dass Frieden die Grundlage für ein glückliches Zusammenleben aller Menschen ist, lernen wir auch in der Schule. Im Widerspruch dazu steht die häufige Präsenz der Bundeswehr an Schulen. Wir treten jeder Werbe- und Anwerbeaktion der Bundeswehr und anderer kriegerischer Institutionen entschieden entgegen. Wissen darf nur für friedliche Zwecke eingesetzt werden.“

Aufruf von **SchülerInnen** und **Studierenden**
zum **Bildungsstreik 2011**

Viele von Euch engagieren sich bereits.
Jetzt gilt es, dies gemeinsam zu tun:

Nach den Referaten und der kurzen Diskussion laden wir alle, Einzelpersonen und Organisierte, zu einer Gesprächsrunde ein.

Sorgen wir zusammen für eine Schule und Hochschule ohne Militär!

Die AG „Friedliche Schule und Hochschule“ trifft sich monatlich jeden ersten Schulmontag um 17.00 Uhr im DGB- Haus.